

Vorwort

In Lateinamerika insgesamt hat es in den letzten 13 Jahren ein deutliches Wirtschaftswachstum gegeben, das in einigen Ländern sogar als außerordentlich bezeichnet werden kann. Die Modernisierung der Staatsstrukturen und vor allem die Öffnung der Märkte haben wesentlich zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Dennoch konnte Lateinamerika nicht das Etikett ablegen, der Kontinent mit der größten sozialen Ungleichheit zu sein: Trotz leichter Verbesserungen bei den Armutsindizes leben nach wie vor große Bevölkerungsteile in Armut. Die extrem hohe Arbeitsmigration innerhalb des Kontinents, aber vor allem nach Nordamerika und Europa, ist Beleg für diese unbefriedigende Situation. Ein weiterer Beleg ist die politische Unzufriedenheit mit der Demokratisierung, die für viele Menschen doch scheinbar wenig konkrete Verbesserungen gebracht hat. Politische Instabilität und Wahlerfolge populistischer Führer sind in einige Ländern Ergebnisse dieser Unzufriedenheit.

Aber warum sind die makroökonomischen Erfolge nicht bei der Bevölkerung angekommen? Warum konnte die soziale Ungleichheit nicht stärker reduziert werden? Welche Instrumente versprechen schließlich mehr Erfolg, um das Ziel von Wachstum und sozialem Fortschritt zu erreichen?

Diesen Fragen geht das von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanzierte Forschungsprojekt „Wachstum und sozialer Fortschritt“ in 13 Ländern der Region nach. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung, die in allen beteiligten Ländern mit eigenen Projekten und Programmen aktiv ist, sind dies die entscheidenden Fragen für die Zukunft Lateinamerikas. Von ihrer Beantwortung hängt es maßgeblich ab, ob Lateinamerika als demokratischer Kontinent wirtschaftlich und sozial zu den Industriestaaten aufschließen wird; es hängt letztlich das sozioökonomische Schicksal von Millionen lateinamerikanischen Bürgern daran, die ein Recht auf eine faire Zukunftschance haben.

Weil diese Fragen nach den makroökonomischen Erfolgen und der formalen Demokratisierung von so hoher Bedeutung sind, hat sich die Konrad-Adenauer-

Stiftung 2004 entschlossen, ein neues Regionalprogramm zu beginnen: SOPLA (Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika) soll die Expertise und die Netzwerke der Konrad-Adenauer-Stiftung bündeln und gesellschaftliche wie politische Entscheidungsträger bei den notwendigen Debatten begleiten. Leitbild ist dabei das Ordnungskonzept der Sozialen Marktwirtschaft.

Mit SOPLA hat die Konrad-Adenauer-Stiftung das dreistufige Forschungsprojekt von 13 lateinamerikanischen Instituten zu den „Herausforderungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Lateinamerika“ unterstützt. Mit „Wachstum und sozialer Fortschritt“ liegt nun die erste Studie vor, bald werden „Effizienz öffentlicher Ausgaben“ sowie „Migration und Sozialpolitik“ folgen. Sie sollen mit der Analyse der entsprechenden Bereiche und qualifizierten Empfehlungen einen kontinentweiten, sachlichen und fundierten Beitrag zu den notwendigen gesellschaftlichen und politischen Debatten leisten.

Der besondere Dank der Konrad-Adenauer-Stiftung geht dabei an die Universidad Alberto Hurtado in Santiago de Chile und dort vor allem Herrn Dekan der Fakultät für Wirtschaft und Handel, Dr. Jorge Rodríguez Grossi sowie Dr. Eduardo H. Saavedra, die das Projekt akademisch koordiniert haben.

Rio de Janeiro, im April 2008

Dr. Peter Fischer-Bollin
Leiter des Regionalprogramms SOPLA
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Einführung

(Arbeitsübersetzung ins Deutsche durch das KAS-Büro Rio de Janeiro)

In den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zeigte sich in ganz Lateinamerika gleichermaßen eine ungleiche Entwicklung von wirtschaftlichem Wachstum und sozialem Fortschritt der Bevölkerung. Auf die hohen Wachstumsraten der 50er, 60er und 70er Jahre, die im Rückblick betrachtet durchschnittlich 63%, 69% und 71% in den einzelnen Dekaden erreichten, folgten magere 12% in den 80er Jahren und bessere, wenn auch geringfügig, 38% in der darauffolgenden Dekade. Im Einklang mit diesen Wachstumsraten zeigten die Armutsindikatoren von den 50er bis in die 70er Jahre eine positive Entwicklung mit einem Rückgang von 60% auf 25% der lateinamerikanischen Bevölkerung, die in Armut lebte (Perry, et. al, 2006). Allerdings dämpften die hohen Arbeitslosenzahlen sowie die Hyperinflation, welche für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Volkswirtschaften in den 80er Jahren, der sogenannten „Verlorenen Dekade“, charakteristisch waren, die Wachstumsraten, was die Stagnation der Sozialindikatoren zur Folge hatte, die die Region durchschnittlich in dieser und der folgenden Dekade aufwies. Im Endeffekt stieg die Armut innerhalb der beiden Dekaden um 25%.

Das durchschnittliche Verhalten der Länder Lateinamerikas steht jedoch nicht ausschließlich beispielhaft für die Vorgänge in allen Ländern, denn tatsächlich wurde zwischen jenen drei bis vier Ländern, die im Vergleich mit ihren Nachbarländern in der wirtschaftlichen Entwicklung führend sind, eine wachsende Ausgewogenheit zwischen Wachstum und der Reduktion der Armut beobachtet. Auf diese Weise zeigten Länder mit hohen Wachstumsraten innerhalb des lateinamerikanischen Kontextes beträchtliche Rückgänge der Armut während der 90er Jahre, womit diese eine Ausnahme innerhalb der Region darstellten.

Diese kausale Verbindung zwischen Wachstum und sozialem Fortschritt, verstanden als Rückgang der Armut, wird durch die vorhandenen Daten der letzten 60 Jahre in Lateinamerika und auch im Vergleich der Länder der Region untereinander, bestätigt. Trotzdem zeigt ein weiterer Indikator für sozialen Fortschritt, die Einkommensverteilung, keine großen Fortschritte zwischen 1950 und dem Jahr 2000. Wie Perry, et. al (2006), zeigen, hat sich der Gini-Index in den letzten sechs Jahrzehnten bei rund 50% gehalten, was zeigt, dass Lateinamerika eine der ungleichsten Regionen der Welt ist und dies zudem als eine der Quellen der andauernden sozialen Konflikte zu

werten ist, die für die Region in all den Jahren charakteristisch waren. Ferner hat diese enorme Ungleichheit dazu geführt, dass Lateinamerika, verglichen mit anderen Ländern von relativ hoher wirtschaftlicher Entwicklung, die Region mit der größten Arbeitsmigration der letzten Jahrzehnte war, was wiederum zu tieferen wirtschaftlichen und sozialen Konflikten führt und damit die Entwicklung aller Länder belastet, die unter dieser Bürde leiden.

Der institutionelle Kontext der Volkswirtschaften, der die sozioökonomische Entwicklung der lateinamerikanischen Länder in besagter Periode geprägt hat, variiert in den unterschiedlichen Entwicklungsmodellen. Auf der einen Seite finden sich Strategien, die sich an Importsubstitution durch ausgeprägten Protektionismus der nationalen Industrie, Preiskontrolle in der Mehrheit der Märkte und einer Konzeption vom paternalistischen Staat und dem Staat als Marktteilnehmer im sozialen Bereich orientieren; ein Modell, das hauptsächlich ab den 50er Jahren, in einigen Fällen bis in die 80er Jahre, angewandt wurde. Im aktuellen Jahrzehnt findet das Modell in der Region mit der Erfahrung Venezuelas mit Präsident Chávez seine Fortsetzung. Auf der anderen Seite hingegen finden sich neoliberalen Modelle mit Handels- und Finanzfreiheit, ausgerichtet auf den Außenhandel, der mit seinen Exporten den Motor des Wirtschaftswachstums darstellt und einer Industrie, deren Entwicklung auf der Nutzung der komparativen Vorteile des Landes basiert. All diese wurden im Wesentlichen von Regimes gegen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre eingeführt. In diesen Fällen ist die Rolle des Staates minimalisiert, er behält lediglich eine schwache Position als Regulator und ist somit auch nur begrenzt fähig in sozialen Fragen zu agieren, wobei die Armutsbekämpfung eine explizite Aufgabe des Staates darstellt.

Die ökonomischen Resultate dieser Erfahrungen waren größtenteils eher entmutigend, auch wenn sich in beiden Fällen kurzfristig Erfolge einstellten. Einerseits hat uns das dirigistische Modell zu einer stockenden Wirtschaft mit sehr eingeschränkten Wachstumsmöglichkeiten geführt, und darüber hinaus wurde der Staat zusätzlich zum Wirtschaftsmotor; einem Motor, der schon bald mangels Anreiz verschleien und andererseits genügend Freiraum für Opportunismus und Korruption zurücklassen wird.

Unter den sehr frühen Beispielen finden sich Entwicklungsmodelle, die heute auf breiter Ebene im größten Teil der lateinamerikanischen Länder angewendet werden, und die sich vor allem dadurch auszeichnen, dass die Zuweisung von Mitteln über den

Markt erfolgt: Signale und Impulse mit sozialem Akzent zur Bekämpfung der Armut mittels Eingreifen des Staates, wobei dieser darüber hinaus aufgrund der Unvollkommenheit des Marktes eine regulierende Rolle einnimmt. Dies ist ein Entwicklungsmodell, das wir als Soziale Marktwirtschaft kennen. Wie man in den verschiedenen Kapiteln dieses Buches sehen kann, findet das Modell der sozialen Marktwirtschaft mit jeweils individuellem Anstrich breite Anwendung in Brasilien, Kolumbien, Costa Rica, Chile, Mexiko, Peru oder Uruguay.

Eine kleinere Minderheit in Lateinamerika, darunter Argentinien, Bolivien und Venezuela, die in den vorherigen Dekaden mit Reformen vorangegangen waren, die durch die Soziale Marktwirtschaft geprägt waren, wenden sich momentan einem Entwicklungsmodell zu, das mittels protektionistischer Maßnahmen und dem Staat als starkem Marktteilnehmer auf Preisregulierung sowie Kapital- und Handelsüberwachung setzt. Diese Wende zeigt sich vor allem in der Revision vieler Reformen, die in Richtung Sozialer Marktwirtschaft eingeführt worden waren.

Die jüngsten Erfahrungen von Ländern wie Ecuador, Guatemala oder Paraguay, aber gerade auch Bolivien, zeigen aus verschiedenen Gründen ein ökonomisches und soziales Fachwerk von kaum spürbarem Gewicht, das die Einführung eines neuen Entwicklungssystems, dessen Wachstumsmotor nur der private Sektor sein soll, natürlich sehr erschwert und sogar kontraproduktiv wirkt. Wie man an der Erfahrung dieser Länder sehen kann, ist ihre institutionelle Entwicklung sehr schwach und eröffnet enorme Spielräume für Korruption, welche den Nutzen von fokalisierte Sozialpolitik abschwächt.

Im Kontext der derzeit in den verschiedenen Ländern Lateinamerikas angewendeten Modelle und angesichts der verschiedenen Reformen, Wirtschafts- und Sozialpolitiken, die dabei eingesetzt werden, sollen die hier gesammelten Arbeiten die Erfahrungen und Resultate bezüglich Wachstum, Armut und Einkommensverteilung der letzten Jahrzehnte in 13 Ländern der Region überprüfen. Im Allgemeinen kommt der Großteil der hier gesammelten Arbeiten angesichts der Charakteristiken der meisten lateinamerikanischen Länder, das heißt kleiner Marktwirtschaften in einer globalisierten Welt, was wiederum große Anforderungen an Effizienz und Produktivität auch bezüglich der internationalen Standards darstellt, übereinstimmend zu dem Schluss, dass zu deren Fortschritt ein flexibler und dynamischer privater Sektor nötig ist. Dieser sollte fähig sein, die Vorteile, die durch die Eingliederung in den internationalen Handel entstehen, zu nutzen. Im selben Kontext erweist es sich als wichtig, dass der Staat die

geeigneten Mechanismen schafft, um das Vordringen in neue Märkte möglichst zu erleichtern, Wettbewerb schafft, wo es potenziell möglich ist und die geeigneten Mechanismen dort aufzeigt, wo dieser nicht möglich scheint. Zugleich scheint es sinnvoll zu denken, dass die Sozialpolitik mit diesem Begriff von Wirtschaft, mit einem Markt als Motor des Wachstums und einem Staat, der die Fehler berichtigt, die derselbe Markt verursacht hat (welche sich in niedrigem Wachstum und Armut auswirken) oder dass dieser Markt seinen Anforderungen nicht gerecht wird (Ungleichheit).

Jede der Arbeiten versucht mit ihren Antworten den Fragen gerecht zu werden, die in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas in den letzten Jahrzehnten entstanden sind: Wie kommt es, dass unsere Länder so enorm hohe Einkommensungleichheit erfahren, obwohl in der Region explizite Sozialpolitiken eingesetzt werden? Was können wir im Rahmen öffentlicher Politik tun, um die offensichtliche Dichotomie zwischen Wachstum und sozialem Fortschritt, die viele Länder Lateinamerikas offenbar prägt, zu verändern? Oder besser gesagt: Was muss erreicht werden, um die wenigen erfolgreichen, oder zumindest weitgehend erfolgreichen, Erfahrungen, die einige unserer Länder gezeigt haben, zu wiederholen? Und schließlich: was außer den üblichen Rezepten für Wachstum der internationalen Organisationen, wie einem freien Markt, Privatisierung, Handelsliberalisierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Kontrolle der Inflation, ist nötig um den ersehnten wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung unserer Länder herbeizuführen?

Die Evolution der Entwicklungsstrategien, die von den verschiedenen Ländern Lateinamerikas seit der Mitte des letzten Jahrhunderts angewendet werden, endet mit den gleichen Resultaten, auch wenn sie nicht unbedingt zur gleichen Zeit installiert wurden. So haben alle um die 50er Jahre cepalianische Modelle zur Importsubstitution eingeführt, indem sie protektionistische Mittel zur Entwicklung der nationalen Industrie einführten und dem Staat eine Rolle als Marktteilnehmer zukam, die am enormen prozentualen Anteil am BIP wiederzuerkennen ist. Die Erschöpfung dieses Entwicklungsmodells, ausführlich in den Arbeiten dieses Buches dokumentiert, führte im Großteil der Länder Lateinamerikas zur frühen Einführung der sogenannten Reformen der ersten Generation in den 70er Jahren in Argentinien, Chile und Uruguay in Anknüpfung an die sogenannten *Neoliberalen Politiken* und zur späteren freiwilligen Akzeptanz der Konditionierung von Krediten.

Die Reformen der ersten Generation bestanden im Wesentlichen aus einem Komplex wirtschaftlicher und institutioneller Politiken, gewöhnlich als der *Konsens von*

Washington bezeichnet, wobei zugleich während der 90er Jahre von zahlreichen internationalen Organisationen die Bewilligung von Krediten an lateinamerikanische Länder empfohlen wurden. Diese zielten auf makroökonomische Stabilisierung und die Liberalisierung der Wirtschaft der Länder ab. Es handelt sich nämlich um die Suche nach einem steuerlichen Gleichgewicht, der Neuorientierung der Staatsausgaben, der Steuerreform, der Liberalisierung des Finanzwesens, der Wettbewerbsgleichheit, der Handelsliberalisierung, der Eliminierung der Schranken für ausländischen Direktinvestitionen, der Privatisierung staatlicher Unternehmen, der Deregulierung der Märkte und dem Schutz der Eigentumsrechte.

Der Tiefgang und die Breite der Reformen schwankte zwischen den verschiedenen Ländern, wie auch die Akzeptanz und die erreichten Erfolgen bezüglich wirtschaftlichem Wachstum, und speziell, bezüglich der Reduzierung der Armut.

Die Runde der Reformen der ersten Generation in Lateinamerika ausgeschöpft, in manchen Fällen mit unvollständiger Umsetzung, wird deren Mangelhaftigkeit bezüglich der Überwindung der Armut und in einigen Fällen der Schaffung wirtschaftlichen Wachstums deutlich. Der Anreiz zu ausländischen Investitionen und die Stimulierung von inländischer unternehmerischer Tätigkeit hätte aber die Bildung einer in den Reformen der ersten Generation nicht erreichten Institutionalität erfordert. Themen wie Korruption, fehlende Transparenz, die exzessive staatliche Bürokratie verbunden mit der beginnenden Tätigkeit des Staates als Marktteilnehmer, die Abhängigkeit der Zentralbank von der Exekutive, das Fehlen regulierender Organe bei Marktunvollkommenheiten haben die Notwendigkeit von Reformen einer zweiten Generation offensichtlich gemacht, die sich an der Schaffung und Stärkung von Institutionen orientieren und so rechtliche Sicherheit für private Investitionen schaffen, die fachliche und unabhängige Handhabung der Finanzpolitik sichern, Marktunvollkommenheiten durch Regulierungen korrigieren, und, im Allgemeinen, die Regierbarkeit des Landes stärken.

Unter den Reformen der zweiten Generation befinden sich all jene, die die Korruption durch erhöhte Transparenz der Prozesse bekämpfen sollen, jene, die die Abläufe zum Beginn einer unternehmerischen Tätigkeit beschleunigen und vereinfachen sollen, sowie solche, die der Zentralbank Autonomie verleihen und die fachliche Qualität der Finanzpolitik sichern sollen. Dazu zählt die Schaffung einer Regulierungsinstitution für den Wettbewerb, die Wettbewerbskonflikte untersuchen und schlichten soll. Es geht auch um die Schaffung einer Gesetzgebung, die über die

Eigentumsrechte wacht und die Stärkung der Regulierungsinstitutionen mit hoher Qualität, die Märkte ermöglichen, auf denen Informationsassymmetrie (wie bei der Bildung, Gesundheit, oder Sozialvorsorge), Verpflichtung zur Wahrung des öffentlichen Vertrauens (Banken, Versicherungen und Wertpapiere) besteht.

Die Weltbank hat eine Methode entwickelt, die die Konstruktion eines sogenannten *Indikators für Regierbarkeit* ermöglicht und es erlaubt, die institutionelle Realität zwischen verschiedenen Ländern zu evaluieren und mit ihren Rückwirkungen auf den wirtschaftlichen und humanen Fortschritt zu vergleichen (Kaufman, et. Al, 2007). Ebenso werden von der Weltbank ausgewertet: Accountability, politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt; Regierungseffektivität; Regulierungsqualität, Rechtsstaat, Korruptionskontrolle. Innerhalb der verschiedenen Länder Lateinamerikas ergeben sich sehr unterschiedliche Resultate, wobei Chile positiv hervortritt, in beinahe allen untersuchten Gebieten gefolgt von Costa Rica und Uruguay. Im anderen Extrem tauchen Länder wie Bolivien, Ecuador und Paraguay auf, wo die Indikatoren für Regierbarkeit eine schwache und unvollständige Umsetzung der Reformen der zweiten Generation wiedergeben, was wiederum zu einem hohen Niveau an Korruption, hoher Machtkonzentration des Parlamentes, geringer Unabhängigkeit der staatlichen Gewalten, enorm politisierter Justiz, geringer fachlicher Fähigkeiten in den Schlüsselorganismen des Staates und hohe Korruptionsindices führt.

Insgesamt betrachtet liegt die Vermutung nahe, dass der wichtige Teil der Schwächen des niedrigen und unsteten Wachstums in der Region, welches direkte Auswirkungen auf die schwachen Ergebnisse mit Blick auf das Soziale hat, sich gerade in dem Bereich der Entwicklung einer stabilen, unabhängigen, transparenten und rechtschaffenen Institutionalität in unseren Ländern findet. Zusätzlich ist dies im Fehlen der Kohärenz und der Verpflichtung auf langfristig angewandte politische Richtlinien. Die Beispiele Costa Rica und Chile, mit einigen Errungenschaften auch in Kolumbien, sind wegweisend. Diese Länder waren in der Lage, Wirtschafts- und Sozialpolitiken zu etablieren, die ihnen einen Touch von Stabilität gaben, was wiederum zu einem erhöhten Grad an ökonomischem Wachstum, Reduzierung der Armut, und vor allem, politischer Stabilität geführt hat.

Die Kohärenzprobleme der Implementation dieser Politiken könnten sich klar mit der Erfahrung Argentiniens lösen, eines der Länder mit der höchsten Entwicklung des Humankapitals der Region. Man beachte jedoch, dass es nicht genügt, einige Programme der Reform der zweiten Generation einzuführen, in diesem Fall die

Regulierungsqualität, solange Schlüsselemente makroökonomischer Stabilität unbeachtet bleiben und Korruption dermaßen weitverbreitet ist, dass Fortschritte in einigen Bereichen insgesamt aber wenig nutzen. Die fehlende Verpflichtung auf Staatsebene und die Durchführung von Reformen findet man in vielen Ländern der Region. Beispielsweise wurden die Reformen der zweiten Generation in Venezuela teilweise zu Beginn der 90er Jahre eingeführt, allerdings wurde dieser Prozess umgekehrt und die Politik, die momentan in Gang ist, läuft auf die Konstruktion eines *venezolanischen Sozialismus* hinaus, was das Land von der Vision einer Sozialen Marktwirtschaft entfernt.

Und noch andere Probleme tauchen in der bunten Fauna Lateinamerika auf. Das erste, das hier betont werden soll, ist das der Wirtschaftspolitik. In Mexiko sieht sich die institutionelle Entwicklung eingeschränkt und bedroht durch die enorme Macht der großen korporativistischen Unternehmen, der transnationalen Finanzinstitute und der Kontrolle der Öffentlichkeit. Und so wird die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Mexiko durch den starken Einfluss der politischen Parteien auf die Zivilorganisationen beschränkt. Das zweite Problem vieler unserer Länder ist eine Bedrohung eher latenter Art und ihre Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Auf und Ab ihrer mächtigeren Nachbarländer. Dies betrifft Uruguay, dessen größte wirtschaftliche Probleme dann zum Vorschein kommen, wenn seine engsten Handelspartner, Argentinien und Brasilien, kränkeln.

Zusammenfassend liefert dieses Buch ein breites Spektrum der Erfahrungen der Länder Lateinamerikas. Es bietet auch eine Einschätzung, inwieweit die institutionelle Entwicklung, mit kleineren oder größeren externen Einflüssen, den Erfolg und die Erhaltung einer sozialen Marktwirtschaft erlaubt. Die institutionelle Stabilität und Stärke ist die Grundvoraussetzung für die Attraktivität für ausländische Investitionen, die zu wirtschaftlichem Wachstum führen und diese wiederum zur Reduktion der Armut in den Ländern. Allerdings, wie bereits bekannt ist, gibt es kein Universalrezept und das Fehlen von Verpflichtungen und Kohärenz, in einigen Fällen an die Wirtschaftszyklen der einflussreichereren Länder oder an kurzfristig rentablen Populismus gekoppelt, beeinflussen die Länder letztlich negativ. Trotzdem kann Lateinamerika ädequate Raten wirtschaftlichen Wachstums mit sozialem Fortschritt erreichen, falls die politische Klasse fähig sein sollte, Sirenengesänge zu ignorieren, die sie zuletzt auf den Kurs niedrigen Wachstums und hoher Armut getrieben hatten.

Sumario

7 Prefacio PETER FISCHER-BOLLIN	195 Ecuador VICENTE ALBORNOZ
9 Introducción EDUARDO SAAVEDRA	213 Guatemala TOMÁS ROSADA Y LUCILLA BRUNI
17 Argentina MARCELA CRISTINI	243 México LUIS IGNACIO ROMÁN MORALES
47 Bolivia NAPOLEÓN PACHECO	271 Paraguay DIONISIO BORDA
75 Brasil PAULO LEVY Y ROBERTO IGLESIAS	299 Perú ROBERTO ABUSADA Y ANTONIO CUSATO
105 Chile EDUARDO SAAVEDRA Y JORGE RODRÍGUEZ	337 Uruguay JOSÉ ADOLFO SARMIENTO, JOAQUÍN DÍAS Y SILVIA VÁZQUEZ
133 Colombia MABYR VALDERRAMA	371 Venezuela RONALD BALZA
169 Costa Rica LUIS MESALLES Y OSWALD CÉSPEDES	